

Redeantrag für Ratssitzung am 18.01.2016 zu TOP 2015/0865 Flüchtlingsunterkunft „Zur Alten Fabrik“

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

wir stellen den Antrag an den Rat der Stadt Leverkusen am Standort „Zur Alten Fabrik“ eine Flüchtlingsunterkunft für eine Maximalbelegung von ca. 200 Menschen zu beschließen. Die bisher vorgesehene Größenordnung von 800 Menschen bzw. - wie in der Politik zwischenzeitlich diskutiert - von 400 Menschen ist für den Standort „Zur Alten Fabrik“ aus folgenden Gründen nicht tragbar:

1. Eine dauerhafte Unterbringung von 800 Menschen auf dem Gelände ist unserer Ansicht nach menschenunwürdig. Dies entspricht einer Verdoppelung der Sandstraße auf gleicher Quadratmeterzahl. Es gibt keine ausreichenden Bewegungs- und Freiräume für die Menschen in einem sehr dicht bebauten Umfeld. Die einzigen Ausweichflächen für die dort angesiedelten Menschen wären die Neue Bahnstadt, das neu errichtete Bahnhofsgelände und das Naturgut Ophoven. Die Auswirkungen auf das Naturgut Ophoven und die Neue Bahnstadt sind nicht absehbar.
2. Die dauerhafte Unterbringung von 800 bzw. 400 Menschen in Massenunterkünften ist ein Rückschritt in die städtebaulichen Fehler der Vergangenheit, in der „sozial-benachteiligte“ Mitbürger in eigens dafür errichteten Wohnanlagen zusammengebracht wurden. Welches „Eigenleben“ und welche „Eigendynamik“ in solchen Wohnanlagen zu Tage treten, sind hinlänglich bekannt. Es bilden sich Sub-Gesellschaften. Wenn dies schon für „deutsche Mitbürger“ gilt, um wie viel mehr ist dies bei Menschen der Fall, die zum Teil hoch traumatisiert, ohne Sprachkenntnisse, aus einem komplett anderen Kulturkreis zu uns kommen.
Zur Verdeutlichung der Größenordnung ein Vergleich mit dem weithin bekannten städtebaulichen Projekt in Köln-Meschenich (Kölberg): Dort leben ca. 4000 Menschen. Dies würde rein statistisch bedeuten, dass jeder 5. Bewohner des Kölbergs (bzw. bei 400 Flüchtlingen jeder 10. Bewohner) demnächst auf dem hier diskutierten Gelände in Opladen einziehen würde.
3. Mit den bereits in Opladen bestehenden Flüchtlingsunterkünften an der Sandstraße und Düsseldorfer Straße würde Opladen mit dieser neuen Einrichtung in der geplanten Größenordnung einen weit überproportionalen Anteil an Flüchtlingen tragen. Von 1600 kommunalen Flüchtlingen in Leverkusen entfielen damit alleine 81% (bzw. 56% bei einer Belegung mit 400 Flüchtlingen) auf Opladen. Dies kann vom Sozialraum wie z.B. den 2 einzigen Grundschulen in Opladen nicht getragen werden.
4. Außerdem müssen die demographischen Gegebenheiten betrachtet werden. Opladen gehört bereits (neben Wiesdorf und Manfort) zu den Vororten mit dem höchsten Ausländeranteil. Alle dauerhaften Flüchtlingsunterkünfte sind in Opladen. Mit dem hier diskutierten Projekt findet eine sozialpolitisch nicht akzeptable Konzentration von dauerhaft untergebrachten Flüchtlingen in Opladen statt.
5. Unserer Ansicht nach widerspricht eine Ansiedlung von 800 bzw. 400 Menschen einer dezentralen Verteilung der Flüchtlinge und macht damit Integration von Anfang nahezu unmöglich. Eine große Ansammlung von Menschen birgt immer die Gefahr einer Ghettoisierung. Dies muss sozialpolitisch auf jeden Fall vermieden werden. Je größer die Anzahl der Flüchtlinge an einem Standort, desto größer die Hemmschwelle für die Menschen im Sozialraum sich zu engagieren.
6. Es gibt bereits soziale Probleme rund um den diskutierten Standort. Neben alkoholisierten

und dealenden (zu meist männlichen) Gruppen ist zu konstatieren, dass die letzten Wahlen auch eine gewisse radikalere politische Ausrichtung in diesem Wohnumfeld aufzeigen. Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass durch eine Überforderung des Sozialraumes eine weitere Radikalisierung dieser Wählerkreise stattfindet.

7. Langfristig schafft das Bauvorhaben mehr Probleme für den Sozialraum als es löst. Auch wenn es unter dem Druck der derzeitigen Flüchtlingskrise verlockend erscheint, ein solches Großprojekt mit einem Privatinvestor durchzuführen, so sind die sozialen Folgekosten nicht absehbar. Daher ist unser Appell, eine wohnortnahe Lösung zu finden, die die Belange des Sozialraumes und der Bürger mit einbezieht. Bitte verspielen Sie nicht das gesellschaftliche Human-Kapital einer willigen und motivierten Nachbarschaft; denn wir sind es die Integration tragen und leben.
8. Der diskutierte Standort liegt in einem absoluten Ballungsgebiet, in dem sehr viele Faktoren auf engem Raum zusammentreffen: extrem hohes Verkehrsaufkommen, zweitgrößtes Schwimmbad Leverkusens in der Talstraße, großes Berufskolleg direkt gegenüber, dichte Wohnbebauung, Lebensmittelnahversorger mit sehr großem Einzugsgebiet und unzureichendem Parkraum usw.
Durch die Neuanlage der P+R Parkplätze im Rahmen der Bahnhofsneugestaltung wird sich die Verkehrssituation im Umfeld zum Standort nochmal deutlich zuspitzen. Deshalb ist der hier vorgesehene Standort aufgrund der örtlichen Gegebenheiten für die diskutierte Anzahl von 800 bzw. 400 Menschen völlig ungeeignet.
9. Wie wir erfahren haben, belief sich die ursprüngliche Planung für diese Unterkunft sogar auf fast 1000 Menschen (ca. 980). Diese Größenordnung zeigt die Absurdität der Baumaßnahme. Die Stadtverwaltung geht von den utopischen Vorstellungen eines Investors aus und nicht von den örtlichen Gegebenheiten und den Bedingungen im Sozialraum.
10. Es ist kontraproduktiv große Summen an Fördergeldern für das Stadtteilentwicklungskonzept Opladen auszugeben und viel Sozial- und Wirtschaftsraumförderung mit der NBSO zu betreiben, um auf der anderen Seite in aller Eile Bauprojekte durchzuwinken, die den Stadtteil Opladen auf Jahrzehnte prägen und deren sozialpolitischen Folgen bisher keiner kennt.
11. Wir stehen sicherlich alle noch unter dem Eindruck der schockierenden Ereignisse der Silvesternacht in Köln, in der ca. 1000 Personen nicht zu tolerierende Straftaten verübt haben bzw. daran beteiligt waren. Selbstverständlich stellen wir damit nicht alle Flüchtlinge unter Generalverdacht. Ganz im Gegenteil ! Jeder einzelne hätte sicherlich für sich allein genommen solche Straftaten überhaupt nicht verübt. Die Ansammlung von vielen Menschen an einem Ort schafft jedoch eine kritische Gesamtgröße, die so etwas erst möglich macht hat. Aus dem Grunde ist es wohl das Gebot der Zeit, für die dezentrale Verteilung von Flüchtlingen zu sorgen, damit sich nichts Vergleichbares z.B. demnächst am Opladener Bahnhof ereignet. Denn wer könnte für ein solches Szenario die politische Verantwortung tragen.

Daher unsere Bitte: **Nehmen Sie den konstruktiven Vorschlag der Nachbarschaft für eine Unterbringung von 200 Menschen (gem. der Unterschriftenpetition von 480 Bürgern) an.**